

EUROPÄISCHES PATENTAMT

„Seine Herrschaft muss enden“

Der Streit geht in die nächste Runde: Das Personal des europäischen Patentamts fordert die Ablösung von Amtspräsident Benoit Battistelli. Der kann kein eigenes Fehlverhalten erkennen.

VON THOMAS
MAGENHEIM-HÖRMANN

München – Sie demonstrieren wieder, mittlerweile seit einhalb Jahren im Monatsrhythmus. Zumindest in ihrer Regelmäßigkeit erinnern die Proteste der Beschäftigten des Europäischen Patentamts an die Leipziger Montagsdemonstrationen von DDR-Zeiten und wie dort geht es um Grundrechte. Ausgerechnet ihrem obersten Chef, dem Amtspräsidenten Benoit Battistelli werfen große Teile der 7000 Beschäftigten anhaltenden Machtmissbrauch und DDR-Methoden vor, was dieser heftig abstreitet.

Das europäische Patentamt ist ein juristisch kompliziertes Gebilde. Getragen wird es von 38 europäischen Staaten, die nicht alle der EU angehören. Deshalb ist das Amt keine EU-Behörde. Als zwischenstaatliche Organisation untersteht es auch nicht dem Recht seines Gastlandes Deutschland, obwohl deutsche Staatsbürger ein Viertel seines Personals stellen.

Die Plakate der mehreren



Mitarbeiter des Europäischen Patentamts demonstrieren regelmäßig vor dem Hauptsitz in München. FOTO (ARCHIV): KLAUS HAAG

hundert Demonstranten vor der Amtszentrale in München sprechen für sich. Auf ihnen prangen Überwachungskameras. „Wir werden beobachtet“, erklärt gleich der erste Redner den Demonstrationsgrund. Man müsse dem Management klar machen, dass das Bespitzeln von Sozialpartnern kein Weg ist, um sozialen Frieden wiederherzustellen, führt die Patentamts-Gewerkschaft Suepo aus. Das ist erklärungsbedürftig.

Über Wochen hinweg ist ein öffentlich zugänglicher Computer im Amt verwandt und mit einer Kamera über-

wacht worden. Die Behörde schweigt zum Vorfall, der aber von mehreren Quellen inklusive Bundesjustizministerium bestätigt wird. Ziel soll das Ausspionieren von Beschäftigten gewesen sein, von denen sich Patentamtsmanager diffamiert fühlen. Dabei könnten auch Patentanwälte und Verwaltungsräte ins Geflecht der amtsinternen Rasterfahndung geraten sein. Bayerns Datenschutzbeauftragter Thomas Petri fordert für das Amt deshalb einen externen Datenschützer.

Der Fall steht mittlerweile auf der Tagesordnung des

zeitgleich zur Demonstration tagenden Verwaltungsrats. Das ist die Kontrollbehörde des Amtes, in der die Vertreter von 38 Vertragsstaaten sitzen. Für Deutschland ist das Bundesjustizministerium dabei. Die Frage des internen Datenschutzes beim Patentamt stehe auf der politischen Agenda, hat es kurz und bündig erklärt.

Die Bespitzelung ist kein isolierter Vorgang. Battistelli hat unter anderem eine Demonstration verboten und sich das Recht herausgenommen, Art und Länge von Arbeitskämpfen zu regeln. Nach

dem Urteil eines niederländischen Gerichts verletzt das Amt Arbeits- und Grundrechte. Dessen Präsidenten ficht das nicht an. Er reformiere derzeit die Behörde und erfülle damit lediglich einen Managementauftrag.

Mancher Reformschritt und vor allem die Methoden sind aber umstritten. Das Amt habe auch die externe Ermittlerfirma Control Risks beauftragt, Mitglieder der Personalvertreter zu bespitzeln, klagt Suepo. Knapp ein Dutzend Gewerkschafter sei im Fokus der externen Ermittler. Die niederländische Zeitung

„Volkskrant“ hat jüngst enthüllt, dass die Behörde Mitarbeiter auch von einer Detektei ausforschen lässt. Das hinterlässt Spuren in der Belegschaft. Sogar demonstrierendes Personal wagt nicht, mit Journalisten zu reden. „Leute vom Amt sind da, ich will nicht mit Ihnen gesehen werden“, sagt einer und wendet sich ab. Ein anderer tippt nur auf einen Button. „BB is watching you“, steht auf dem Anstecker. Die Behörde selbst mauert. Disziplinarverfahren unterliegen strikter Vertraulichkeit. Deshalb könne man nicht beantworten, ob oder wie aktuell überwacht wird. Insider wollen wissen, dass eine neue Richtlinie zur Videoüberwachung in Arbeit ist.

Es sei bloße Augenwischerei, wenn Battistelli von offenem Dialog mit Beschäftigten rede, sagen Personalvertreter. Er sei offenkundig nicht mehr in der Lage, das selbsterzeugte Chaos zu kontrollieren, geschweige denn wieder in Ordnung zu bringen. „Seine Herrschaft muss enden“, fordert ein Suepo-Sprecher bei der Demonstration und erhält lauten Beifall.

Battistelli ist seit 2010 an der Spitze des Amtes und noch bis 2018 gewählt. Bislang zeigt der Verwaltungsrat keine Neigung, ihn ablösen zu lassen. Die Suepo hat indessen angekündigt, so lange zu Demonstrationen aufzurufen, bis das Patentamt wieder „in der Spur“ ist. Entgleist ist dort einiges.

AKTUELLES
IN KÜRZE

Jan Wörner
wird Esa-Chef

Ein Raumfahrer ist er nicht. Ein beschleunigter Aufstieg in höhere Sphären ist Jan Wörner trotzdem gelungen. Der 60-Jährige wechselt von der Spitze des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) nach Paris auf den Chefposten der europäischen Raumfahrtorganisation Esa. Der gelernte Bauingenieur lenkt ab 1. Juli die Geschicke einer bedeutenden Agentur, der 20 EU-Länder, die Schweiz und Norwegen sowie Kanada als assoziiertes Mitglied angehören. Als erster Deutscher seit einem Vierteljahrhundert.

Karstadt zahlt
Urlaubsgeld

Bei der angeschlagenen Warenhauskette Karstadt gibt es Anzeichen für eine Entspannung der Finanzlage: Die Beschäftigten sollen im Juli das im Zuge der Sanierung zunächst gestundete Urlaubsgeld 2015 erhalten. Darauf habe sich Karstadt-Chef Stephan Fandler bei einer Betriebsrätekonferenz mit Verdi-Verhandlungsführer Arno Peukes und dem neu gewählten Karstadt-Betriebsratschef Jürgen Ettl geeinigt, teilte das Unternehmen mit. Nach Informationen der Tageszeitung „Die Welt“ soll die Auszahlung zu Kosten von 13 Millionen Euro führen.

VERBRAUCHER

Lebensdauer-Angabe für Elektrogeräte

Berlin – Elektrogeräte sollen nach dem Willen des Umweltbundesamts (UBA) eine Mindestlebensdauer-Kennzeichnung erhalten. „In den allermeisten Fällen ist das langlebigere Produkt das umweltfreundlichere“, sagte UBA-Präsidentin Maria Krautzberger am Donnerstag in Berlin. Die Bundesbürger ersetzen Produkte wie Handys und Fernseher jedoch in immer kürzeren Abständen. Häufig seien die Altgeräte noch funktionstüchtig.

Einen konkreten Vorschlag

für die Mindestlebensdauer-Kennzeichnung will das Amt nach Abschluss einer Studie im August vorlegen. Dabei werden von den Herstellern auch Angaben dazu verlangt, wie lange sie Ersatzteile vorhalten. Die Bundesbehörde dringt dafür auf eine gesetzliche Regelung. Der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) äußerte sich skeptisch. Eine solche Kennzeichnung sei kaum überprüfbar.

Das UBA geht auch dem Vorwurf nach, dass Hersteller

die Lebensdauer bewusst verkürzen, um schneller wieder Neuware zu verkaufen. Dafür gebe es bislang aber keine Belege.

Wie eine Kennzeichnung oder ein Label aussehen könnte, ist noch offen. UBA-Expertin Ines Oehme sagte dem SWR3: „Man kann nicht immer nach Jahren messen, sondern in Leistungszyklen. Bei einer Waschmaschine die Zahl der Waschgänge, bei einer Lampe die Zahl der Brennstunden oder beim Motor die Zahl der Stunden.“

Krautzberger forderte in der „Frankfurter Rundschau“, Hersteller von Smartphones und anderer mobiler Elektronik-Geräte zum Einbau leicht austauschbarer Akkus zu verpflichten. Damit solle die Nutzungsdauer der Geräte verlängert und das Elektroschrott-Aufkommen verringert werden. Während Handys früher standardmäßig mit Wechselakkus ausgerüstet wurden, ist bei Smartphones, Tablets und anderen Geräten der Akku heute zumeist fest eingebaut. dpa

STUDIE

Schere bei Löhnen wird sich weiter öffnen

Gütersloh – Die Schere bei den Löhnen in Deutschland wird einer Studie zufolge in den kommenden Jahren weiter auseinandergehen. Das durchschnittliche Jahreseinkommen werde inflationsbereinigt von 2012 bis 2020 zwar um 2200 Euro steigen, ergab eine am Donnerstag in Gütersloh veröffentlichte Wirtschaftsstudie der Bertelsmann-Stiftung. Geringverdiener, Sozialberufe, Dienstleister und Haushalte mit Kindern profitierten aber unterdurchschnittlich von dieser positiven Entwicklung.

Nach der auf Grundlage von Vorausschätzungen zur Wirtschafts-, Produktivitäts- und Lohnentwicklung von der Prognos AG ermittelten Prognose wird sich das Einkommen der Beschäftigten im oberen Fünftel der Jahreseinkommen um real 5300 Euro pro Jahr erhöhen. Das untere Fünftel könne dagegen nur mit einem durchschnittlichen Zuwachs von 750 Euro rechnen.

Dies führe dazu, dass sich bei den Besserverdienern das durchschnittliche Netto-Einkommen inklusive Transferleistungen wie Kindergeld von 54 700 Euro auf 60 000 Euro erhöhe. Bei den niedrigsten Einkommen steige es

Einkommensprognose 2020

Veränderung der durchschnittlichen realen verfügbaren Jahreseinkommen gegenüber 2012

	mehr als im Durchschnitt	weniger als im Durchschnitt
Chemie, Pharmazie	6 200	
Fahrzeugbau	6 100	
Elektroindustrie	5 850	
Maschinenbau	4 850	
Energie, Wasser, Abfall	4 100	
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3 700	
Information, Kommunikation, Immobilienwesen	3 500	
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	3 300	
Land- und Forstwirtschaft, Bergbau	3 300	
Verkehr und Lagerei	2 650	
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherungen	2 500	
Holz, Papier, Druck	2 450	
Metallerzeugung, Metallergänzende	2 200	
Handel, Kfz-Reparatur	2 050	
Unternehmensnahe Dienstleistungen	1 750	
Baugewerbe	1 550	
Gastgewerbe, Beherbergung	1 500	
Private Haushalte, sonstige Dienstleistungen	1 500	
Erziehung, Unterricht	1 400	
Gesundheit, Sozialwesen	1 350	
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	1 050	
	1 000	

AFP Quelle: Bertelsmann-Stiftung

von 7200 Euro netto pro Jahr auf 7950 Euro.

Auch die Einkommensschere zwischen kinderlosen Haushalten und Haushalten mit Kindern wird der Prognose zufolge weiter auseinander

gehen. Demnach werden Einkommenshaushalte im Schnitt 2000 Euro im Jahr mehr zur Verfügung haben als noch 2012, Haushalte mit Paaren ohne Kinder sogar 2100 Euro. Paare mit Kindern

können dagegen nur einen Zuwachs von 1650 Euro im verfügbaren Haushaltseinkommen erwarten, Alleinerziehende von lediglich 1300 Euro.

Als eine der Ursachen dafür nannte die Bertelsmann-Stiftung, dass Alleinerziehende häufig im Einzelhandel und Gesundheits- oder Sozialwesen beschäftigt sind – dies seien Branchen mit langsamer wachsenden Löhnen. Denn nach der Berechnung werden die Löhne zwar allgemein steigen, abhängig vom Produktivitätszuwachs fallen die Zuwächse aber erheblich unterschiedlich aus.

So werde das durchschnittliche verfügbare Jahreseinkommen im Gesundheits- und Sozialwesen im Jahr 2020 lediglich 1050 Euro höher sein als 2012. In der chemischen und pharmazeutischen Industrie hingegen dürfe der Anstieg 6200 Euro betragen (siehe Grafik).

Bei den fünf Branchen mit den höchsten Produktivitätszuwächsen handle es sich ausschließlich um solche aus dem verarbeitenden Gewerbe. Die Branchen mit den geringsten prozentualen Produktivitätsanstiegen seien überwiegend im Dienstleistungssektor angesiedelt. afp

SEIT 1908

ANDECHSER NATUR

Naturerhaltend und schonend Veredelt

Cremiger Genuss

Rückverfolgbar bis zum Bio-Bauern

Ausgewählte Bio-Früchte

Wertvolle Bio-Milch

Da steckt viel Liebe drin.

www.andechser-natur.de

Bioland

English translation

Münchener Merkur, Nr. 144, Friday 26 June 2015

European Patent Office

“His Domination has got to Stop”

The fight goes into the next round: The staff at the European Patent Office are demanding that Office President Benoît Battistelli be forced to quit. He can't see how badly he's performing.

BY THOMAS MAGENHEIM-HÖRMANN

Munich – They're demonstrating again. For one and a half years, it's been the same, every month. The regularity of the protests by the staff at the European Patent Office brings back memories of the Leipzig Monday demonstrations in the days of East Germany, and, like them, this is a matter of basic rights. Large sections of the 7000 employees accuse their most senior executive, Office President Benoît Battistelli, of continuing abuse of power and of using East German methods - accusations he strenuously denies.

When it comes to legal matters, the European Patent Office paints a complex picture. The Office is supported by 38 European states, not all of which belong to the EU. This means that the Office is not an EU authority. And as an inter-state organization, it is also not subject to the law of its host country, Germany, even though German citizens count for a quarter of the personnel.

The placards being waived by the several hundred demonstrators in front of the Office headquarters in Munich speak for themselves. Security cameras zoom in on them. “We're being watched”, is how the first speaker accounts for the demonstration. It needs to be made clear to the management that spying on social partners is not the way to restoring social peace and tranquillity, says the Patent Office staff union, SUEPO. That requires some explanation.

For weeks, a publicly accessible computer in the Office has been hacked, and monitored with a camera. The Office itself makes no comment, but several sources, among them the Federal Ministry of Justice, have confirmed this. The aim is said to be to spy on the staff, whom the managers at the Patent Office accuse of defamation. The possibility is that patent attorneys and Administrative Council members may also have got caught in the net of the Office's internal sweep, prompting Bavaria's Data Protection Executive Thomas Petri to call for an external data protection officer to be assigned to the Office.

All this is now high on the agenda of the Administrative Council, who are convening at the time of the demonstration. The Council is the controlling body of the Office, made up of representatives from 38 contracting states. The Federal Ministry of Justice is there on behalf of Germany, and they have made it very clear that the issue of internal data protection at the Patent Office is high on the political agenda too.

The snooping is not an isolated incident. Among other things, Battistelli has banned a demonstration and claimed the right to determine the nature and length of labour disputes. A Dutch court has ruled that the Office is in breach of employment legislation as well as basic rights. The President is not bothering to contest the issue. He is in the process of reforming the institution, and all he is doing in the process is carrying out the instructions of the management.

But some of his reforms, and particularly the methods used, are causing unease. According to SUEPO, the Office has engaged the outside investigation company Control Risks to spy on members of the staff representation body. A dozen or so union members are said to be the focus of attention for the outside investigators. The Dutch newspaper "Volkskrant" has just recently disclosed that the Office has also arranged for staff to be scrutinised by a detective agency. This has left its mark on the workforce. Even the personnel who are demonstrating dare not talk to journalists. "There are people from the Office here, and I don't want to be seen with you", said one, and turned away. Another simply tapped a button he was wearing: "BB is watching you". The Office itself is stonewalling. Disciplinary matters are strictly confidential, and that means strictly no comment as to whether and how monitoring is currently being carried out. Insiders have reason to believe that a new guideline regarding video surveillance is in the making.

Staff representatives maintain that Battistelli's talk of open dialogue with the staff is pure window dressing. Word has it that he is no longer able to control the chaos he has created, let alone restore some kind of order. "His domination has got to stop", demands one SUEPO speaker on the demonstration, and wins loud applause.

Battistelli has been at the top of the Office since 2010, and has been elected to remain until 2018. Up to now, the Administrative Council has shown no inclination to see him go. SUEPO has announced that it will be calling demonstrations until the Patent Office is "back on track". Something has gone off the rails.

Staff of the European Patent Office demonstrate regularly in front of the headquarters in Munich

“Son règne doit prendre fin”

Le conflit entre dans une nouvelle phase : le personnel de l'Office européen des brevets exige le remplacement du président de l'Office Benoît Battistelli. Il est incapable de se rendre compte de la moindre erreur de sa part.

PAR THOMAS MAGENHEIM-HÖRMANN

Munich – Ils manifestent de nouveau, depuis maintenant un an et demi, une fois par mois. Ne serait-ce que par leur régularité, ces manifestations des employés de l'Office européen des brevets rappellent les manifestations du lundi à Leipzig à l'époque de la RDA. Et comme à l'époque, c'est des droits fondamentaux qu'il s'agit. C'est précisément à leur grand patron, le président de l'Office Benoît Battistelli, qu'une grande partie des 7 000 employés reproche des abus de pouvoir continuels et des méthodes dignes de la RDA, ce qu'il conteste vigoureusement.

L'Office européen des brevets est une structure juridique complexe. Il est sous la responsabilité de 38 États européens, qui n'appartiennent pas tous à l'UE. C'est pourquoi l'Office n'est pas une instance de l'UE. En tant qu'organisation intergouvernementale, il n'est pas non plus soumis au droit de son pays d'accueil, l'Allemagne, bien que les ressortissants allemands représentent un quart de son personnel.

Les panneaux brandis par les centaines de manifestants devant le siège de l'Office à Munich se passent de commentaires. On y voit des caméras de surveillance. « Nous sommes observés », déclare d'emblée le premier orateur pour expliquer le motif de la manifestation. Il fait faire comprendre à la direction que l'espionnage de partenaires sociaux n'est pas un moyen de restaurer la paix sociale, expose le syndicat de l'Office, SUEPO. Cela mérite une explication.

Pendant des semaines, un ordinateur en accès public au siège de l'Office a été espionné et surveillé avec une caméra. L'organisme garde le silence sur cet incident, qui est pourtant confirmé par plusieurs sources, y compris le ministère fédéral de la justice. Le but aurait été d'espionner des employés par lesquels des dirigeants de l'Office des brevets s'estimaient diffamés. Des agents en brevets et des membres du conseil d'administration auraient également pu faire les frais de ces recherches systématiques internes à l'Office. C'est pourquoi le commissaire à la protection des données bavarois, Thomas Petri, exige pour l'Office l'intervention d'un responsable de la protection des données externe.

L'affaire figure entre-temps à l'ordre du jour du conseil d'administration qui siège en même temps que la manifestation. Au conseil d'administration, qui est l'autorité de contrôle de l'Office, siègent les représentants des 38 États contractants. L'Allemagne y est représentée par le ministère fédéral de la justice. La question de la protection

des données internes au sein de l'Office des brevets figure à l'agenda politique, a-t-il simplement déclaré.

Cet espionnage n'est pas un fait isolé. M. Battistelli a, entre autres, interdit une manifestation ou s'est accordé le droit de réglementer le mode d'expression et la durée des conflits du travail. D'après un jugement d'un tribunal néerlandais l'Office viole le droit du travail et les droits fondamentaux. Son président n'en a cure. Il considère qu'il réforme actuellement l'organisme et ne fait ainsi que s'acquitter de la mission qui lui a été confiée par les administrateurs.

Plusieurs mesures de ses réformes et surtout les méthodes employées sont, cependant, contestées. Le syndicat SUEPO se plaint que l'Office ait chargé une entreprise d'enquêteurs extérieure, Control Risks, d'espionner des représentants du personnel. Près d'une douzaine de syndicalistes seraient dans le collimateur des enquêteurs extérieurs. Le quotidien néerlandais « Volkskrant » a révélé récemment que l'organisme a également chargé un service de détectives d'enquêter sur ses collaborateurs. Cela laisse des traces au sein du personnel. Même les membres du personnel qui manifestent n'osent pas parler aux journalistes. « Des gens de l'Office sont là, je ne veux pas être vu avec vous », dit l'un d'eux avant de se détourner. Un autre se contente de tapoter un badge, sur lequel on peut lire « BB is watching you » (Big Brother vous regarde). Quant à l'organisme, il est sur la défensive. Les procédures disciplinaires sont strictement confidentielles. C'est pourquoi, selon l'organisme, il n'est pas possible de dire si une surveillance est en cours ou quel type de surveillance est en cours. Selon les initiés, une nouvelle directive sur la vidéosurveillance serait en cours d'élaboration.

Des représentants du personnel affirment que lorsque M. Battistelli parle d'un dialogue ouvert avec les employés ce n'est que de la poudre aux yeux. Selon eux, Monsieur Battistelli n'est plus en mesure de maîtriser le chaos qu'il a lui-même provoqué, et encore moins d'y remédier. « Son règne doit prendre fin », exige lors de la manifestation un porte-parole du syndicat SUEPO, qui est bruyamment applaudi.

M. Battistelli est à la tête de l'Office depuis 2010 et il a été réélu jusqu'en 2018. Jusqu'à présent le conseil d'administration ne se montre guère disposé à le remplacer. Le syndicat SUEPO a entre-temps annoncé qu'il appellerait à des manifestations jusqu'à ce que l'Office des brevets soit remis « sur les rails ». Plusieurs choses y ont déraillé.

Les collaborateurs de l'Office européen des brevets manifestent régulièrement devant le siège à Munich.

“Zijn machtsmisbruik moet een halt toegeroepen worden”

De strijd gaat de volgende fase in: Het personeel van het Europees Octrooibureau (EPO) eist het vertrek van president Benoît Battistelli. Hij kan zijn eigen fouten niet toegeven.

DOOR THOMAS MAGENHEIM-HÖRMANN

München – Ze gaan de straat weer op, inmiddels anderhalf jaar lang elke maand. Voor wat de regelmaat ervan betreft doen de protesten van de werknemers van het Europees Octrooibureau in elk geval denken aan de demonstraties die ten tijde van de DDR elke maandag in Leipzig werden gehouden. En net zoals toen gaat het ook nu om grondrechten. Een groot deel van de 7000 werknemers beticht uitgerekend hun hoogste baas, EPO-president Benoît Battistelli, van aanhoudend machtsmisbruik en DDR-methoden, hetgeen Benoît zelf in alle toonaarden ontkent.

Het Europees octrooibureau is vanuit juridisch oogpunt gezien een gecompliceerde constructie. De EPO kent 38 Europese lidstaten, die echter niet allemaal ook EU-lidstaat zijn. Daarom geldt de EPO niet als Europese instantie. Als tussenstatelijke organisatie valt de EPO evenmin onder de jurisdictie van gastland Duitsland, hoewel een kwart van het personeel Duits staatsburger is.

De protestborden die de enkele honderden demonstranten voor de hoofdvesting van de EPO in München met zich meedragen, spreken voor zich. Er staan bewakingscamera's op. “We worden bespioneerd”, zo legt de eerste spreker meteen de reden voor de demonstratie uit. De directie moet duidelijk worden gemaakt dat het bespieden van sociale partners niet de manier is om de maatschappelijke vrede te herstellen, zo verklaart de EPO-vakbond SUEPO. Dat vereist nadere uitleg.

Wekenlang is een openbaar toegankelijke computer op het Octrooibureau gehackt en met een camera in de gaten gehouden. De EPO zwijgt over het voorval, dat echter door diverse bronnen, inclusief het Duitse ministerie van justitie, wordt bevestigd. Doel zou zijn geweest om werknemers, door wie managers van het octrooibureau zich in een kwaad daglicht gesteld zien, te bespioneren. Daarbij is het mogelijk dat ook octrooigemachtigden en leden van de Raad van Bestuur zijn bespioneerd. Thomas Petri, de commissaris voor gegevensbescherming in Beieren, eist nu dat de EPO een externe gegevensbeschermer inzet.

De zaak staat inmiddels op de agenda van de Raad van Bestuur, die op het moment van de demonstratie bijeenkomt. De Raad van Bestuur is het controlerende orgaan van de EPO, waarin de vertegenwoordigers van 38 lidstaten zitting hebben. Duitsland wordt vertegenwoordigd door het federale Ministerie van Justitie. De

kwestie in verband met de interne gegevensbescherming binnen de EPO staat op de politieke agenda, zo heeft het ministerie kort verklaard.

De spionagepraktijken staan niet op zichzelf. Battistelli heeft onder meer een demonstratie verboden en zich het recht toegeëigend om de wijze en duur van arbeidsgeschillen te bepalen. Naar het oordeel van een Nederlandse rechter schendt de EPO arbeidsrechten en grondrechten. Dat deert de president van de EPO niet. Hij heeft hervormingen binnen de EPO doorgevoerd en heeft zich daarmee slechts gekwetend van de opdracht waarmee hij op pad was gestuurd.

Veel hervormingen, maar vooral ook de manier waarop, zijn echter omstreden. Het Octrooibureau zou ook het externe onderzoeksbureau Control Risks opdracht hebben gegeven om leden van de werknemersvertegenwoordigers te bespieden, aldus klaagt SUEPO. Bijna een dozijn vakbondsfunctionarissen zouden door het externe bureau worden onderzocht. In de Nederlandse Volkskrant is onlangs onthuld dat de EPO werknemers ook laat onderzoeken door een detectivebureau. Dat laat sporen achter onder het personeel. Zelfs personeel dat de straat opgaat durft niet met journalisten te spreken. “Er zijn daar mensen van de EPO. Ik wil niet met u worden gezien”, zei een werknemer en keerde zich om. Een andere werknemer tikt alleen op een button. “BB is watching you”, staat erop te lezen. Het Octrooibureau zelf verschanst zich. Disciplinaire procedures zijn onderworpen aan strikte vertrouwelijkheid, zo heet het. Daarom kan men niet zeggen of dan wel wie momenteel in de gaten wordt gehouden. Insiders zeggen te weten dat er nieuwe richtlijn voor videobewaking in de maak is.

Het is niet meer dan boerenbedrog als Battistelli het heeft over een open dialoog met werknemers, aldus werknemersvertegenwoordigers. Hij zou kennelijk niet meer in staat zijn om de door hemzelf gecreëerde chaos onder controle te houden, laat staan de orde te herstellen. “Zijn machtsmisbruik moet een halt toegeroepen worden”, zo eist een SUEPO-spreker bij de demonstratie en ontvangt luide bijval.

Battistelli staat sinds 2010 aan het hoofd van de EPO en zijn ambtstermijn duurt nog tot 2018. Tot zover geeft de Raad van Bestuur er geen blijk van om van hem af te willen. De SUEPO heeft inmiddels aangekondigd om net zolang op te roepen tot demonstraties totdat de EPO terug “in het spoor” is. Dat men er het spoor enigszins bijster is, zoveel is wel duidelijk.

Werknemers van het Europees Octrooibureau demonstreren regelmatig voor het hoofdkantoor in München.